

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 143 (2017)
Heft: 3

Rubrik: Frisch plakatiert : internationale Politfassssäule

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Internationale Politfassssäule

Radio Moskau

«Postfaktisch» ist das aktuelle Wort des Jahres. «Frage an Radio Eriwan» war gestern. Wem heute nach journalistischer Realsatire ist, der wird zuhauft fündig bei den kreativen News-Designern der zunehmend von jeglicher Faktenlage losgelöst operierenden russischen Staatsmedien. Ein prominentes Exempel aus der Praxis gefällig? – Frage an Radio Moskau: «Stimmt es, dass die 13-jährige russischstämmige Lisa in Berlin von arabischen Flüchtlingen entführt, 30 Stunden lang festgehalten und vergewaltigt worden ist?» – Radio Moskau: «Im Prinzip ja.»

Allerdings waren die arabischen Flüchtlinge weder arabisch noch Flüchtlinge, sondern *ein* guter Bekannter, war das Mädchen von diesem nicht etwa entführt worden, sondern hatte es sich freiwillig zu ihm begeben, und es hat im Übrigen auch keinerlei Vergewaltigung stattgefunden.» – Der Irrsinn hat Methode: Geht man nach dem Tenor der in den russischen Medien transportierten Berichterstattung über die Flüchtlingsproblematik in Deutschland, dann herrschen hier das blanke Chaos, Sodom und Gomorrha und steht das Land kurz vor dem völligen Zusammenbruch. Ein roter Faden, an dem kremlseits eifrig mitgesponnen und der, je nach tagespolitischem Bedarf, dankbar aufgegriffen wird: In dem reisestrich zum Krimi aufgebauschten «Fall Lisa» hatte sich sogar der russische Aussenminister Lawrow bemüsstigt gefühlt, seinen – freilich reichlich dünnen – Senf dazuzugeben und die deutschen Behörden der Unfähigkeit und Vertuschung zu zeihen. Gerade so, als gälte es, dem allgemeingültigen Prinzip von Recht und Ordnung («Law & order») ein konkurrierendes, eher auf Krawall gebürstetes entgegenzusetzen:

zen: das von Recht und Rabatz. In diesem Fall sehr sinnige englische Übersetzung: «Law & row».

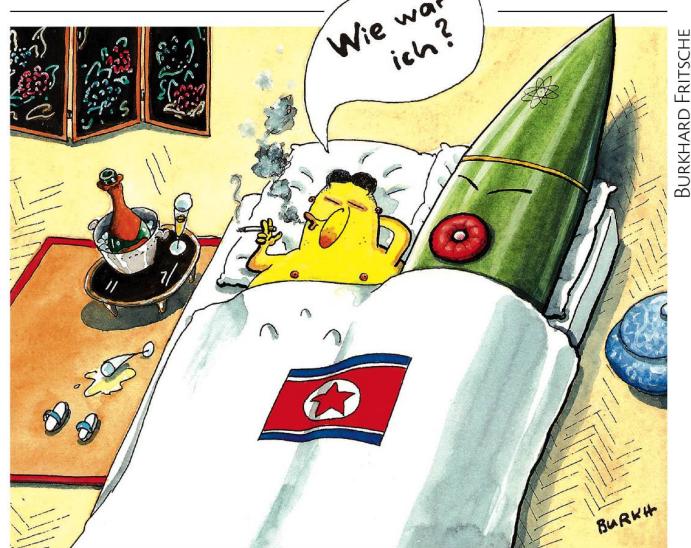
JÖRG KRÖBER

Wer zu wem?

Die politische Landschaft hat sich verändert. Nirgendwo ist das so deutlich ablesbar wie an den Besuchsterminen zwischen Tayyip Erdogan und Angela Merkel. Während der türkische Regierungschef über Jahre hinweg von Zeit zu Zeit in Berlin aufkreuzte, um die deutsche Bundeskanzlerin dazu zu bewegen, bei der Europäischen Union in Brüssel ein gutes Wort für die Erörterung einer türkischen Mitgliedschaft in der EU einzulegen, ist unversehens Frau Merkel zur Bittstellerin geworden.

Ein bedrückender Albtraum ist für sie der Gedanke, dass Erdogan im Jahr der deutschen Bundestagswahl womöglich die Grenzen freigibt und Europa über Griechenland von einer weiteren Flüchtlingswelle überrollt werden könnte. Um das möglichst zu verhindern, ist Kanzlerin Merkel in den vergan-

Kim und die Bombe



BURKHARD FRITSCHÉ

genen anderthalb Jahren zum fünften Mal nach Ankara gereist. Und das garantiert nicht zum letzten Mal.

GERD KARPE

Neues von Bernd

Wie tönte unlängst Bernd Höcke, jener vermeintlich so geschickt subtil agierende verbale Hockenschütze der AfD: «Wir Deutschen, also unser Volk, sind

das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat.» – Schon klar, Bernd. Und die AfD ist die einzige Partei in Deutschland, die sich einen von seinem eigenen Pathos besoffenen Blinddarm in das Zentrum ihres Vorstands gewählt hat.

JÖRG KRÖBER

Marine Le Pen



RAMSES MORALES IZQUIERDO

Bissiger Parlamentarier
Bei der Abstimmung über die Verfassungsänderung gab es Anfang des Jahres grosse Aufregung in Ankara. Während einer hitzigen Debatte hatte ein türkischer Abgeordneter einen Kollegen, der eine andere politische Meinung vertrat, ins Bein gebissen. Eine Kollegin, die den Vorfall aus nächster Nähe beobachtet hatte, erklärte, das sei für sie unerträglich. Sie leide unter einer Hundephobie. Prompt erschien «der Beisswütige» am folgenden Tag mit seiner grossrassigen Hündin im Parlament. Weder er noch die Hündin trugen notabene einen Maulkorb.

GERD KARPE

Politfasssäule (Fortsetzung)

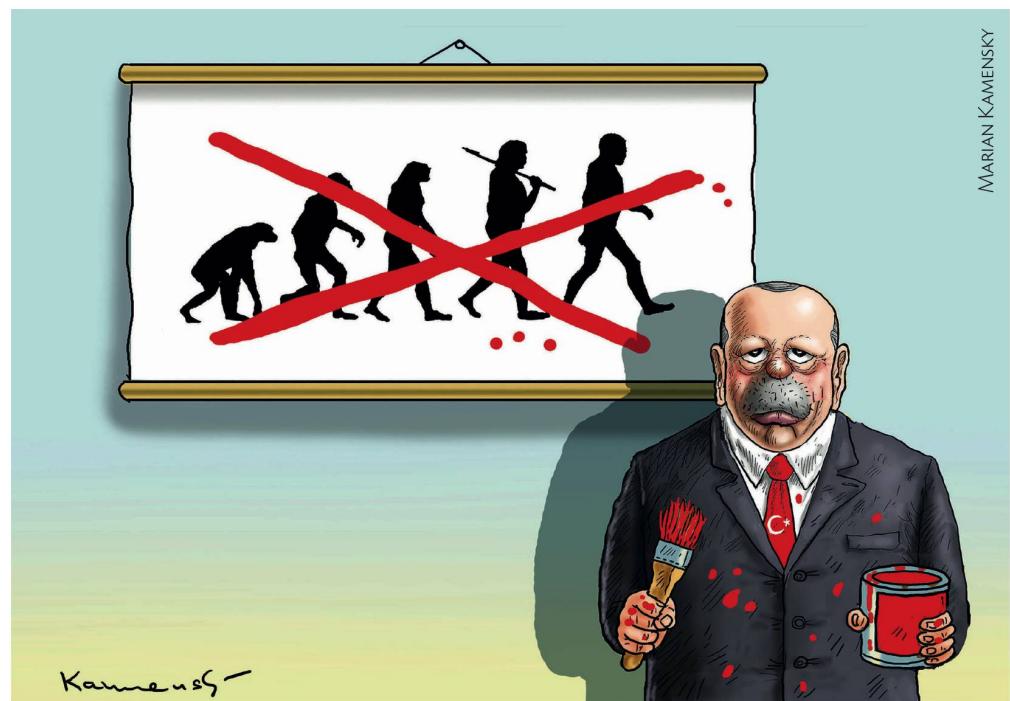
Angepisste Hundehalter

Wie die deutsche «Postillon» berichtete, sind laut eines Urteils des Bundesgerichtshofs in Karlsruhe die Hundebesitzer ab August dazu verpflichtet, auf öffentlichen Plätzen neben dem Kot auch den Urin ihres Haustieres zu entfernen sowie sachgerecht zu entsorgen. «Wer gegen die Auflage verstösst, muss mit einem Bussgeld sowie im Wiederholungsfall mit dem Entzug des Hundeführerscheines rechnen», so der «Postillon».

Auf den ersten Blick mag das Ganze zwar nach einem Scherz klingen, aber dem ist nicht so. Ich lebe als freier Autor und auf meinen Lesereisen in Deutschland stellte ich in letzter Zeit wiederholt fest, dass dieses Gesetz vielerorts bereits angewandt wird. Immer mehr Hundebesitzer ziehen mit Schwamm und Fleckenspray durch die Gegend und rubbeln eifrig an den von ihren vierbeinigen Lieblingen angepinkelten Bäumen.

Die Hundepolizei, die das Ganze sorgfältig beobachtet, hat die Situation völlig unter Kontrolle, zumal sie sehr pingelig, um nicht

Erdogan: Er hat doch was für Kreuze übrig!



zu sagen extrem pinkelig bei ihren Beobachtungen vorgeht. Es wird allen Hundebesitzern dringend geraten, ihren Vierbeinern mindestens dreimal täglich frische Hundewindeln anzulegen, um Unannehmlichkeiten zu vermeiden. Darüber hinaus wird im

Deutschen Bundestag schon seit Wochen über ein Gesetz gegen Hundepupse (HP) heftig debattiert, welche die SPD und die Grünen auch weiterhin rund um die Uhr zulassen möchten, während die CDU die Hundefürze lediglich nachts erlauben will. Horst Seehofer von der CSU setzt sich wiederum für ein Totalverbot der Hundepupse ein. «Das kriege ich auch noch durch!», sagte der Ministerpräsident aus Bayern zuversichtlich. «Darauf könnt ihr einen lassen!»

JAN CORNELIUS

stoss hatte Vizekanzler Gabriel gegeben. Da die vorgesenehe Kandidatin der CDU, Marianne Birthler (einst Bundesbeauftragte für die Stasi-Akten), in letzter Minute abgesagt hatte, blieb der Kanzlerin nichts anderes übrig, als dem Vorschlag Gabriels zuzustimmen. Mit der mehrheitlichen Stimmenzahl von CDU und SPD stand also Steinmeier schon im vergangenen Jahr als neuer Bundespräsident fest. Die sogenannte Wahl im Februar geriet zur Farce. Da wurde zur «Präsidentenwahl» sehr feierlich nach Berlin eingeladen, wo jedes Mitglied der Bundesversammlung geheim seine Stimme abgeben durfte. Jene groteske Veranstaltung mit pseudodemokratischem Charakter kostete den Steuerzahler mehr als eine Million Euro. Wenn das nicht praktizierte Sparsamkeit mit Augenmaß ist! Die Politikverdrossenheit lässt grüßen.

GERD KARPE

Peugeot will Opel kaufen



Die Farce

Am 12. Februar fand in Deutschland die Wahl des Bundespräsidenten statt. Ende des vergangenen Jahres hatten sich Angela Merkel (CDU) und Sigmar Gabriel (SPD) auf den Kandidaten Frank-Walter Steinmeier (SPD-Mitglied und vormaliger Außenminister) geeinigt. Den An-